

UN: 218 Tote im Mittelmeer in drei Tagen

Im Juni starben fast 700 Menschen – auch weil die Rettung behindert wird

ROM (epd). Das Flüchtlingsdrama auf dem Mittelmeer spitzt sich zu: Während Italien und Malta die private Seenotrettung behindern, starben binnen drei Tagen 218 Menschen während der Überfahrt. Bei Unglücken von Flüchtlingsbooten seien vor der libyschen Küste am Freitag 104 und am Sonntag 114 Menschen ums Leben gekommen, erklärte die Internationale Organisation für Migration (IOM) in Genf. Der Monat Juni, in dem Italien die Häfen für private Rettungsschiffe schloss, war laut Helfern der Monat, in dem seit fünf Jahren die meisten Menschen im Mittelmeer umkamen. Insgesamt verloren dort laut UN im Juni 692 Geflohene ihr Leben.

Die privaten Seenotrettungsorganisationen kritisierten das Vorgehen gegen sie durch Italien und Malta und dass die Seenotrettung der libyschen Küstenwache überlassen werde. Die privaten Rettungsschiffe würden am Auslaufen gehindert, das habe direkte Auswirkungen auf die Zahl der Ertrunkenen im Mittelmeer. „Dass nicht das Sterben, sondern die Seenotrettung aktiv verhindert wird, ist nicht nur beschämend, das ist kriminell“, sagte Pia Klemp, die Kapitänin des Schiffes der Organisation Sea-Watch, das in Malta festgehalten wird. Auch das Rettungsschiff „Seefuchs“ der Regensburger Organisation Sea-Eye darf nicht auslaufen.

Das Zitat

„Des is scho wieder Geschichte.“

Horst Seehofer
Der CSU-Chef und Innenminister am Dienstag zu seiner Rücktrittsdrohung vom Sonntag und auf die Frage, ob er Kanzlerin Angela Merkel damit nicht erpresst habe

Pompeo reist nach Nordkorea

WASHINGTON (rtr). Vor dem Hintergrund wachsender Zweifel an den Absichten Nordkoreas reist US-Außenminister Mike Pompeo am Donnerstag zu einem Treffen mit Machthaber Kim Jong-un. Die US-Regierung gab am Montagabend den ersten Besuch Pompeos in dem abgeschotteten Land seit dem Gipfeltreffen zwischen Präsident Donald Trump und Kim am 12. Juni bekannt. Dabei werde über die Entkernung der Koreanischen Halbinsel gesprochen. Die USA wollten Fortschritte erzielen, sagte Trumps Sprecherin Sarah Sanders. Sie nahm nicht zu Medienberichten Stellung, wonach US-Geheimdienste Nordkorea vorwerfen, heimlich seine Waffensysteme auszubauen. Kim hatte beim Treffen mit Trump zugestimmt, „auf eine Entkernung der Koreanischen Halbinsel hinzuwirken“.

Kurz berichtet

Harms tritt nicht mehr an

Die Grünen-Abgeordnete Rebecca Harms will wegen Differenzen mit ihren Fraktionskollegen im EU-Parlament bei der nächsten Europawahl nicht mehr antreten. „In den letzten Monaten ist mein Unbehagen an der politischen Stimmung und Orientierung in unserer Fraktion im Europäischen Parlament gewachsen“, schrieb die 61-Jährige aus Niedersachsen in einer am Montag veröffentlichten Erklärung auf ihrer Website. Der Schritt habe „nicht zuerst mit den deutschen Grünen zu tun“. Sie könne Entscheidungen der EU-Grünen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der Handelspolitik und der Flüchtlingspolitik immer weniger mittragen. (dpa)

Die erste Bürgermeisterin

Erstmals in der tunesischen Geschichte ist eine Frau ins Bürgermeisteramt der Hauptstadt Tunis gewählt worden. Souad Abderrahim von der islamisch-konservativen Partei Ennahda (Wiedergeburt) gewann die Abstimmung in der Kommunalverwaltung mit 26 zu 22 Stimmen. Dies sei auch ein Sieg für alle Frauen, die immer noch Probleme hätten, in höhere Positionen zu kommen, sagte die neue Bürgermeisterin. (dpa)

Hohe Strafe für Erzbischof

Der australische Erzbischof Philip Wilson ist in einem Missbrauchsskandal zu zwölf Monaten Haft verurteilt worden. Der Kirchenmann hatte jahrelang Vorwürfe gegen einen anderen Priester vertuscht. Das Amtsgericht in Newcastle verurteilte am Dienstag das Strafmaß. Der Schuldspruch gegen den 67-Jährigen war bereits im Mai erfolgt. (dpa)

Leitartikel

Ein politischer Treppenwitz am Rande: Da mahnt ausgerechnet Bayerns Ministerpräsident Markus Söder an, die Union müsse wieder mehr auf ihre Umgangsformen achten. Wohlgeordnet: Hier fordert einer Anstand ein, der das politische Lexikon um die Vokabel „Asyltouristen“ bereichert hat, ganz so, als wenn Flüchtlinge, die täglich im Mittelmeer ertrinken, mit einem Picknick-Korb zur Spritztour nach Europa aufgebrochen wären. Nein, man muss in dieser verdrückten Asyldebatte auf viel mehr achten: nämlich dass die Humanität nicht unter die Räder kommt oder anders gesagt: das christliche Abendland.

Man darf nicht verniedlichen, worum es in dem Konflikt in der Union gegangen ist. Sicher, es handelt sich um eine sehr kleine Gruppe von Flüchtlingen, die in Transitzentren gesteckt oder sofort zurückgewiesen werden sollen. Aber wenigstens da hat Bundesinnenminister Horst Seehofer recht: Die Sache hat grundsätzliche Bedeutung. Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz wartet nur auf das bayerische Startsignal. Sobald nach Österreich zurückgewiesen wird, kann er loslegen: Grenzen dicht zu Slowenien und Italien – mit oder ohne Abkommen. Die Vorbereitungen laufen. Und dann folgt der Domino-Effekt. Slowenien schließt sich gegen Kroatien ab, Kroatien gegen Serbien, alle gegen alle. Europa ist dann kein Raum der Freiheit, sondern eine

Von Anstand und Asyltouristen

Was die Frage von Krieg und Frieden mit dem Zwergenaufstand der CSU verbindet

VON NORBERT WALLET



umzäunte Trutzburg mit Grenzen und Grenzpolizisten, Kontrollen und Überwachung. Irgendwo am Rande des Kontinents finden sich die Hotspots mit Flüchtlingen, die es trotz Frontex noch nach Europa geschafft haben.

Es geht um Grundsätzliches. Die Rückkehr des Nationalismus, des Isolationismus, des Protektionismus hier – oder Europa als Modell der Freizügigkeit und Partnerschaft da. Darf man die Nationalkonservativen in der Union noch an Helmut Kohl erinnern,

der die Europäische Union als „Frage von Krieg und Frieden“ bezeichnet hat? Im CSU-Zwergenaufstand schwang auch der naive Wunsch mit, durch politische Mittel in verwirrenden Zeiten eine kindliche Überschaubarkeit zurückzuzwingen. Doch dieser Rückweg ist in der globalisierten Welt versperrt.

Aus Angst vor dem Zeitgeist macht sich die CDU klein

Ja, es geht um Grundsätzliches. Darum, wie sich der berechnete Anspruch auf Ordnung und Sicherheit mit Humanität vereinbaren lässt. Zuwanderung braucht Regeln – und dass diese

auch durchgesetzt werden müssen. Aber darüber darf niemand vergessen, dass es um den Umgang mit Menschen geht, von denen die meisten vor Not, Krieg oder Terror fliehen. Nicht jeder von ihnen hat einen Bleibanspruch, aber der Anspruch auf humane Behandlung ist unabhängig vom Ausgang eines Verwaltungsentscheides. Seehofer will, so steht's im Masterplan, abzuschleppende Flüchtlinge aus Platzgründen in Gefängnisse stecken, Tür an Tür mit Verbrechern. Ankerzentren sind Lager mit eingeschränktem Zugang für die Außenwelt, auch für Caritas oder Rechtsberater. Er will zudem nur Sachleistungen geben. Sein Plan ist eine Ideensammlung für Sanktionen.

Über jede Einzelmaßnahme kann man streiten. Aber die Partei, die das christliche Menschenbild beschwört, sollte sich nicht Angst machen lassen. Das Jahr 2015 war eine Ausnahme. Niemand will es zur Regel machen. Aber es war eine Ausnahme, auf die die Partei stolz sein kann. Es war kein Fehler, die Grenzen nicht zu schließen, sondern eine große Geste der Menschlichkeit, die Deutschland weltweiten Respekt eingetragen hat. All die ängstlichen Lavierer in der Union, die einem Zeitgeist nachlaufen, der eine faktenwidrige Angstgeburt ist, sollten sich dazu bekennen. Tatsächlich: Die Union muss auf Umgangsformen achten.

norbert.wallet@stzn.de

Drei Minister starten „konzertierte Aktion Pflege“

Widrige Bedingungen: Auf 100 offene Stellen kommen nur 28 arbeitslos gemeldete Pfleger

Die Bundesregierung setzt auf konkrete Verbesserungen im Arbeitsalltag von Pflegekräften, um mehr Interessenten für diese Branche zu gewinnen. „Es muss cool werden, Pflegekraft zu sein“, sagte Familienministerin Giffey (SPD).

BERLIN (AFP). Die Bundesregierung sagt dem Pflegenotstand den Kampf an: Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU), Familienministerin Franziska Giffey und Arbeitsminister Hubertus Heil (beide SPD) starteten am Dienstag die „konzertierte Aktion Pflege“. Angesichts des Personalangels soll insbesondere der Beruf des Altenpflegers attraktiver werden – durch bessere Arbeitsbedingungen und höhere Einkommen.

Spahn verwies darauf, dass es zurzeit nur wenige Bewerber für die offenen Pflegestellen gebe. „Der Arbeitsmarkt ist leer gefegt.“ Deshalb gehe es nicht nur darum, junge Menschen für den Beruf neu zu gewinnen. „Wir wollen Pflegekräfte ermuntern, in den Job zurückzukehren oder wieder Vollzeit zu arbeiten“, sagte er bei der Vorstellung des Aktionsplans. Der Gesundheitsminister verteidigte ausdrücklich sein Vorhaben, verstärkt Pflegekräfte aus dem Ausland anzuwerben. Dabei gehe es ihm vor allem um Gesellschaften mit einem hohen Anteil junger Menschen wie Albanien oder Kosovo, betonte er. In diesen Ländern würden viele junge Menschen für den Beruf ausgebildet, ohne Chancen auf eine Anstellung zu erhalten.

Giffey betonte, auf 100 offene Stellen kämen nur 28 arbeitslos gemeldete Pfleger. Ein Grund seien die schlechten Arbeitsbedingungen. Viele sagten: „Wir wollen nicht mehr nach der Stoppuhr pflegen.“ Es müssten Menschen aus allen Altersgruppen für den Beruf gewonnen werden. „Es muss cool werden, Pflegekraft zu sein.“ Heil nannte es als Ziel, dass mehr Beschäftigte der Branche in den Genuss tariflicher Bezahlung kommen sollten. Bislang gelte für 80 Prozent der Beschäftigten keine Tarifbindung. Deshalb

Kommentar

PR-Aktion

VON BERNHARD WALKER

Sie hat tatsächlich „Schwur“ gesagt. Und den gab Familienministerin Franziska Giffey auch noch für ihre Kollegen aus dem Gesundheits- und dem Sozialministerium ab. Dass sie den „Schwur“ schlagzeilentragend gegenüber einem Boulevardblatt erklärte, macht deutlich, dass die „konzertierte Aktion Pflege“ der drei Minister vor allem eines ist: eine aufwendig inszenierte PR-Aktion.

Denn in der Sache selbst findet sich in der „konzertierten Aktion“ nicht viel Neues: Die SPD-Politikerin Giffey, Gesundheitsminister Spahn (CDU) und Sozialminister Hubertus Heil (SPD) betonen, dass

reiche es nicht, nur einen Mindestlohn zu zahlen. Zwar sei es insbesondere Sache von Arbeitgebern und Gewerkschaften, eine „anständige Bezahlung“ zu erreichen, durch Gespräche wolle die Politik dies allerdings voranbringen. Die Einrichtungen sollten nicht um die niedrigste Bezahlung, sondern die beste Pflege konkurrieren.

Im Rahmen der „konzertierten Aktion“, an der sich neben Bund und Ländern zahlreiche Verbände und die Sozialpartner beteiligen sollen, sind fünf Arbeitsgruppen geplant. Sie sollen sich um Personalmanagement, Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung, innovative Versorgungsansätze, Pflegekräfte aus dem Ausland und die Bedingungen der Bezahlung kümmern. Der Vorstand des GKV-Spitzenverbandes, Gernot Kiefer, warb für einen „Strauß wohlüberlegter Maßnahmen, die auch die langfristige Entwicklung in den Blick nehmen“. Dabei reiche die Bandbreite von flächendeckenden

die das tun wollen, was schon im schwarz-roten Koalitionsvertrag zur Stärkung der Altenpflege angelegt ist. Ob das gelingt, kann heute niemand sagen. Also bleibt von der „konzertierten Aktion“ nur eines: der mit Verbänden, Kirchen und Organisationen formulierte Appell, die Situation in der Altenpflege zu verändern.

Nun gibt es neben der politisch-administrativen eine zweite mindestens so bedeutsame Seite. Es geht um die Frage, welche Anerkennung Altenpflege bei den Bürgern hat. An der Stelle verpassen Giffey, Heil und Spahn in ihrem „Schwur“-Interview leider eine große Chance. Der Behauptung, dass die Menschenwürde millionenfach verletzt werde und Senioren stundenlang in ihren Ausscheidungen lägen, widersprechen sie nicht.

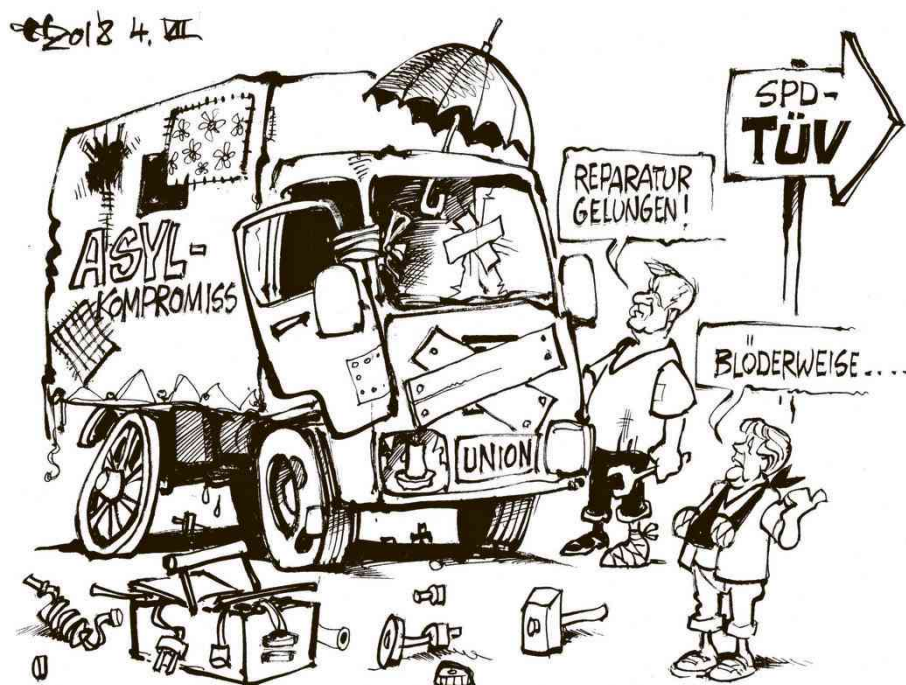
politik@stzn.de

Tarifverträgen über eine Ausbildungs-offensive bis zur besseren Unterstützung für pflegende Angehörige. Nach Aussage von Spahn werden bis zu 50 000 zusätzliche Pflegekräfte gebraucht. Er plant derzeit ein Gesetz, mit dem die Schaffung neuer Stellen vorangebracht werden soll. In der Krankenpflege sollen die zusätzlichen Stellen von den Kas-

In der Altenpflege soll es 13 000 neue Stellen geben

sen finanziert werden, in der Altenpflege soll es 13 000 Stellen geben. Der Bundestag hatte kürzlich die Verordnung zur Umsetzung des Gesetzes zur Neuregelung des Pflegeberufs beschlossen. Es sieht eine generalisierte Ausbildung für die Pflegeberufe vor. Der Pflegebeauftragte der Bundesregierung, Andreas Westerfellhaus, sprach sich ebenfalls für Fachkräfte aus dem Ausland aus.

Die Haitzinger-Karikatur



„... müssen wir jetzt noch da durch!“

Assad auf Siegfahrt

Großangriff des Regimes im Süden Syriens löst Massenflucht aus

VON MARTIN GEHLEN

TUNIS. Wieder fliehen Hunderttausende Menschen dieser Tage in Richtung Jordanien und Israel. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind nahezu 40 Prozent der 725 000 Bewohner der südlichen Rebellenenklave mittlerweile auf der Flucht vor der Großoffensive der syrischen Truppen, iranischen Milizen und russischen Luftwaffe. Jordanien und Israel weigern sich, die Fliehenden über die Grenze zu lassen.

Vor zwei Wochen begann der massive Angriff der Assad-Kräfte auf die Provinzen Quneitra und Deraa, wo im März 2011 die Proteste gegen Präsident Baschar al-Assad begannen. Mehr als 130 Menschen sind bisher gestorben, ein halbes Dutzend Kliniken wurden beschädigt oder zerstört.

Parallel dazu verhandelte eine russische Delegation in der Stadt Bosra mit Rebellen und zivilen Vertretern des Südens über einen von Moskau so betitelten „Versöhnungsvertrag“. Die früher vom Westen unterstützte Fraktion Shabab al-Sunna ließ sich auf das

Angebot ein, das den Kämpfern persönliche Sicherheit garantiert, wenn sie ihr Waffenarsenal aushändigen. Auch ein Dutzend Dorfvorsteher in den Gebieten westlich von Deraa erklärte sich bereit, unter die Kontrolle des Assad-Regimes zurückzukehren. Die große Mehrheit der Rebellen-Kommandeure und kommunalen Unterhändler jedoch misstrauten den Offerten der Angreifer. Man habe sich aus den Gesprächen zurückgezogen, weil „es in den Diskussionen keine Klarheit gibt und weil die russische Seite nur ihre eigenen Bedingungen durchsetzen will“, hieß es zur Begründung. Daraufhin setzten am Dienstag die Angriffe wieder in voller Härte ein.

Nach einer Rückeroberung des Südens wäre Assad seinem Ziel, wieder Meter Boden Syriens zurückzuerobern, wieder ein Stück näher gekommen. Lediglich die an die Türkei grenzende Enklave Idlib im Norden würde sich noch Damaskus widersetzen. Auch in den syrischen Kurdengebieten konnte Präsident Assad seinen Einfluss in letzter Zeit wieder festigen.